

GRÜNE-Fraktion

in der Bezirksversammlung Harburg

Antrag

des Abgeordneten Jürgen Marek und GRÜNE-Fraktion

Betreff: Fracking im Bezirk Harburg

In Deutschland werden zurzeit zahlreiche Erlaubnisse zur Aufsuchung sogenannter unkonventioneller Erdgas- und Erdölvorkommen vergeben. Um das im Gestein gebundene Erdgas zu fördern, wird das Verfahren des Hydraulic Fracturing („Fracking“) angewandt. Hierzu wird u.a. eine mit Chemikalien versetzte Flüssigkeit mit hohem Druck in die Tiefe gepresst, um künstliche Risse zu erzeugen und so das gastragende Gestein aufzubrechen.

Diese Fördermethode ist mit vielen negativen Auswirkungen und Risiken für Umwelt und Mensch verbunden, deren Folgen zurzeit schwer oder gar nicht abzuschätzen sind. Eine Veränderung des Wasserhaushaltes, die Verunreinigung des Trinkwassers durch Chemikalien, eine Auslösung von Erdbewegungen bis hin zum Beben und eine hohe Lärm- und Luftbelastung der Anwohnerinnen und Anwohner sind hier nur einige Auswirkungen.

Durch Pressemeldungen ist bekannt geworden, dass es offensichtlich Bestrebungen gibt, das sogenannte Fracking in Hamburg, und hier speziell auch in Harburg anzuwenden. Genehmigt scheinen entsprechende Erkundungen und Vorprüfungen zu sein. Negativ anzumerken ist eine mangelnde Transparenz dieser Vorhaben und der Zielsetzungen. Betroffene Bürgerinnen und Bürger müssen rechtzeitig und umfassend über solche Vorhaben informiert werden, ein Rückzug auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse dürfen dieser Information der Öffentlichkeit nicht entgegen stehen. Dieses gilt umso mehr, da zum Frackingverfahren Wissens- und Informationsdefizite bestehen, die eine abschließende Bewertung der Risiken nicht möglich machen.

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

Der Bezirk Harburg lehnt Fracking-Verfahren, sowie die zugehörigen Voruntersuchungen zur Erschließung von unkonventionellen Vorkommen von Erdgas und Erdöl im Bezirk ab und setzt sich für eine rechtzeitige und umfassende Information der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu Genehmigungsrechten und -verfahren ein.

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, jeweils einen Vertreter der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI), der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), des Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) Clausthal-Zellerfeld, sowie einen Vertreter der antragstellenden Firma in den zuständigen Ausschuss einzuladen, um über den Stand von Genehmigungsrechten und -verfahren zum Fracking auf Harburger Gebiet zu berichten und eine Risikobewertung zu diesem Verfahren zu geben.

Harburg, 07.03.2013

Kay Wolkau
GRÜNE-Fraktionsvorsitzender
f.d.R.